

Rechtsextremismus – ein direkter Weg in einen Abgrund

Werner Onken

„Man sollte diese Bewegungen nicht unterschätzen wegen ihres niedrigen geistigen Niveaus und wegen ihrer Theorielosigkeit. Ich glaube es wäre ein völliger Mangel an politischem Blick, wenn man deshalb glaubte, dass sie erfolglos sind. Das Charakteristische für diese Bewegungen ist vielmehr eine außerordentliche Perfektion der Mittel, nämlich in erster Linie der propagandistischen Mittel in einem weiteren Sinn, kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden. ... Ich möchte hier ... darauf hinweisen, dass keineswegs alle Elemente dieser Ideologie einfach unwahr sind, sondern dass auch das Wahre in den Dienst einer unwahren Ideologie dabei tritt und dass das Kunststück der Gegenwehr wesentlich ist, den Missbrauch auch der Wahrheit für die Unwahrheit aufzuspießen und dagegen sich zu wehren.“

Theodor W. Adorno (1967¹)

Nur wenige Kilometer entfernt vom Wannensee, wo die barbarischen NS-Tyrannen auf ihrer „Wannsee-Konferenz“ 1941 die sog. „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen haben, trafen sich im November 2023 Vertreter von AfD, Identitärer Bewegung und der CDU-nahen Werteunion heimlich in einem Hotel², um über einen Masterplan zur Vertreibung von Millionen zugewanderter Menschen aus Deutschland zu diskutieren. Auch von Neuansiedlungen in

¹ Theodor W. Adorno, Aspekte des neuen Rechtsradikalismus (1967), Berlin 2019, S. 23 und 39.

² Zum Hotel „Landhaus Adlon“ bei Potsdam, in dem diese Konferenz stattfand, vgl. Christian Fuchs, Das ist die Gastgeberin des Geheimtreffens in Potsdam, in: Die ZEIT vom 11.1.2024; auf der Website <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-12/rechtsextremismus-schloss-rittergut-oberreinsberg-sachsen-grundstueckskauf> (Zugriff: 22.2.2024).

Nordafrika war die Rede. Dieser menschenverachtende Masterplan wurde vom investigativen Recherchenetzwerk „Correctiv“ enthüllt.³

Hauptredner bei dieser Wannsee-Konferenz 2.0 war Martin Sellner, führender Kopf der neonazistischen Identitären Bewegung in Österreich. Der von ihm und anderen Konferenzteilnehmer/innen besprochene Masterplan erinnert in fataler Weise an die Verfolgung und Ermordung von Menschen jüdischen Glaubens durch das NS-Regime. Der Gedanke an eine massenhafte Deportation von zugewanderten Menschen aus Deutschland ist schockierend und veranlasste den Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang zu einem Appell an die „schweigende Mehrheit“ in Deutschland, „aufzuwachen“ und die Demokratie gegen den Rechtsextremismus und Antisemitismus zu verteidigen.⁴ Es folgten bundesweite Massendemonstrationen gegen den Rechtsextremismus, insbesondere gegen die AfD, die bei der Europawahl im Juni, bei den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern im Herbst 2024 und bei der Bundestagswahl im Herbst 2025 erschreckend viele Stimmen bekommen könnte.

Der Gedanke einer massenhaften Deportation zugewanderter Menschen aus Deutschland ist erschreckend – nicht zuletzt auch für die betroffenen Menschen selbst –, aber er ist nicht neu. Schon als nach 1968 als Gegenstück zur Neuen Linken auch eine Neue Rechte in Westdeutschland entstand, formulierte Henning Eichberg als einer ihrer Protagonisten erste Grundzüge eines völkischen Ethnopluralismus, der sich damals gegen ein dauerhaftes Bleiben von sog. Gastarbeitern und ihren Familien richtete.⁵ Auch der AfD-Politiker Björn Höcke forderte in seinem Buch „Nie zweimal in

³ Vgl. hierzu Correctiv, Geheimplan gegen Deutschland, Recherche am 10.1.2024 auf der Website <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/> (Zugriff: 12.1.2024).

⁴ Tagesschau am 11.1.2024 „Schweigende Mehrheit muss aufwachen“; auf der Website <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/verfassungsschutz-haldenwang-rechtsextremismus-100.html> (Zugriff: 12.1.2024).

⁵ Vgl. hierzu Ulrich Gutmair, Allein mit den Deutschen, in: wochentaz vom 20.-26.1.2024, S. 3; auf der Website <https://taz.de/Rechtsextremes-Geheimtreffen!/5984115/> (Zugriff: 22.2.2024). Gutmair erinnerte daran, dass der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt einer weiteren Zuwanderung Einhalt gebieten wollte und dass danach die CDU/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl gar türkischstämmige Menschen mit einer Rückkehrprämie in Höhe von 10.500 DM pro Person plus Auszahlung eingezahlter Rentenbeiträge zur Rückkehr in die Türkei bewegen wollte.

denselben Fluss“ (2018) ganz unverblümt ein „groß angelegtes Remigrationsprojekt. ... Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen.“⁶ Und in ihrem Programm zur Europawahl 2019 forderte auch die AfD bereits mit unübersehbarer Deutlichkeit: „In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden.“⁷

Ergänzend zu meiner kritischen Auseinandersetzung mit der von Höcke und Benedikt Kaiser formulierten „Kapitalismuskritik von rechts“ soll es im Folgenden – ebenfalls aus der Perspektive des geld- und bodenreformerischen Denkansatzes einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“⁸ – um eine kritische Auseinandersetzung mit zwei weiteren Büchern gehen, die 2023 in dem mit der rechtsextremistischen Denkfabrik „Institut für Staatspolitik“ verbundenen Antaios Verlag erschienen sind. Diese beiden Bücher „Politik von rechts“ von Maximilian Krahe und „Regimechange von rechts“ von Martin Sellner geben aufschlussreiche Einblicke in die kruden Denkmuster innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums.

Maximilian Krahe „Politik von rechts – ein Manifest“

Im Vorwort, das Alexander Gauland, der frühere Vorsitzende und jetzige Ehrenvorsitzende der AfD, dem Buch von Maximilian Krahe, AfD-Spitzenkandidat bei der Europawahl im Juni 2024, beigegeben hat, wird die Richtung einer „Politik von rechts“ schnell erkennbar: „Der Feind des guten Lebens der

⁶ Björn Höcke & Sebastian Hennig, Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen und Berlin (2018), 5. Auflage 2020, S. 254. Vgl. auch S. 195 – 197 (Rückführung nicht integrierbarer Migranten), 207 (Migrationsextremismus) und 216 (Bevölkerungsaustausch). In einem Kommentar zur sog. Flüchtlingswelle vom Sommer 2015 hatte Peter Sloterdijk Deutschland als „allzu attraktiv“ für Geflüchtete bezeichnet und forderte ein „Abwehrsystem, zu dessen Konstruktion eine wohltemperierte Grausamkeit vonnöten ist.“ Vgl. hierzu die Website <https://www.deutschlandfunk.de/peter-sloterdijk-die-europaeer-definieren-sich-selber-als-100.html> (Zugriff: 8.2.2024).

⁷ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahlprogramm 2019, Berlin 2019, S. 40; auf der Website https://www.afd.de/wp-content/uploads/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf (Zugriff: 8.2.2024).

⁸ Werner Onken, Wider die Kapitalismuskritik von rechts (2023), auf der Website https://www.werner-onken.de/files/modern_green/downloads/Onken_Rechte%20Kapitalismuskritik.pdf und ders., Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration des Kapitals zu seiner Dezentralisierung, München 3 Bände, 2022; auf der Website <https://www.werner-onken.de/buecher/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-von-der-akkumulation-und-konzentration-in-der-wirtschaft-zu-ihrer-dezentralisierung.html>

Mitte der Gesellschaft ist heute nicht der marxistische Sozialismus, sondern der woke Linksliberalismus. ... Die Eine-Welt-Ideologie der liberalen Eliten zerstört die Lebenszusammenhänge und Traditionen gewachsener Gemeinschaften.“⁹

Angesichts ungelöster und immer noch komplexer werdender gesellschaftlicher Probleme sieht Krah eine Notwendigkeit gekommen, „die ohnehin an ihrem Ende angelangte westliche Moderne“ zu überwinden. Für ihn ist es deshalb jetzt an der Zeit, „die Erweiterung des Meinungsspektrums durchzusetzen ... und eine nichtlinke Politik zu wagen“ – also eine Politik von rechts. Darüber will er mit seinem Buch „die Debatte eröffnen. ... Der in diesem Buch vertretene Ansatz ist nur ein Anstoß, keine abschließende Lösung.“¹⁰

In seiner gefühlsmäßig-undifferenzierten Aversion gegen alles Linksliberale und Linke benennt Krah die „dezidiert bürgerlichen, liberalen Denker“ Jacques Derrida, Michel Foucault und Judith Butler als „die wohl maßgeblichen Wegbereiter der gegenwärtigen Wokeness“. Mehr linksliberale und linke Intellektuelle kennt er offenbar nicht. Und in dem aus Ungarn stammenden und in den USA lebenden jüdischen Finanzinvestor und Philantropen Georges Soros sieht er die höchste Personifizierung des „Zusammengehens des globalen Besitzbürgertums mit dem westlichen, postmodernen Linksliberalismus“.¹¹ Durch das Buch von Krah ziehen sich also wie ein brauner Faden eine offen antiliberale Grundhaltung und ein chiffriertes antisemitisches Ressentiment.

Der „absolute Freiheitsbegriff“ der „ganzen europäischen Kulturschickeria“ zersetze – so Krah – die zeitlosen Werte der aus jeweils einem Mann und einer Frau mit Kindern bestehenden Familie, der Tradition, der Natur, der Heimat und des Volkes. Dem „reinen Individualismus der Liberalen und dessen Missbrauch durch die Linken“ müsse deshalb die „Idee des großen Ganzen“ gegenübergestellt werden. Dabei brauche die Rechte auch Vordenker wie nach dem Ersten Weltkrieg Oswald Spengler, die Konservative Revolution von Arthur Moeller van den Bruck und Armin Mohler sowie Carl Schmitt und

⁹ Alexander Gauland im Vorwort zu Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 7 – 8.

¹⁰ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 10 (Niedergang), 27 (westliche Moderne am Ende)

¹¹ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 25 – 26 (Derrida, Foucault, Butler und Soros).

wie in neuerer Zeit Leo Strauss und Alain de Benoist. Die Rechte könne, müsse aber nicht unbedingt intellektuell sein.¹²

In Anknüpfung an diese Vordenker überlegt Krahs, welche gemeinsamen Schnittmengen es für eine neue rechte Politik mit dem Konservativismus, mit Libertären, mit dem Christentum und mit den Identitären geben könnte. Dem neueren Konservativismus attestiert er „Mutlosigkeit und intellektuelle Feigheit“ und sieht eine neue rechte Politik als die bessere Trägerin von konservativen Werten. Mit den Libertären teilt er die Ablehnung des bestehenden Staates, aber nicht deren Ablehnung von jeglicher Staatlichkeit. „Libertäre verkennen, dass nicht nur der Staat ihre Freiheit bedroht, sondern ebenso private Akteure“ wie zum Beispiel die großen Internetkonzerne. „Rechte Politik bejaht deshalb den Staat als kollektive Ordnungsmacht“ - nicht den bestehenden, nach Krahs Ansicht von Linksliberalen und Linken regierten Staat, sondern einen von Rechten regierten Staat. Auf dem Weg dorthin würden „Libertäre und Rechte in vielen praktischen Fragen gemeinsam agieren ... , ohne dass rechte Politik die extreme Konsequenz des libertären Ansatzes teilt.“¹³

Zwar sei die „tradierte Ordnung“ mit ihren konservativen Werten ursprünglich „christlich gegründet“, doch befinde sich das Christentum gegenwärtig „in einem derartig desolaten Zustand, dass es als Partner ausscheidet“. Die christlichen Kirchen sind für Krahs bloß „staatlich finanzierte Vorfeldorganisationen des linksliberalen Mainstreams“. Dies dürfe aber „nicht zu einem inhaltlichen Atheismus führen“, denn der Mensch brauche eine „spirituelle Verankerung“. In „orthodox geprägten Ländern“ könne man sehen, „wie wertvoll eine intakte, traditionelle Kirche für die politische Rechte ist“. Dazu passt Krahs Sympathie für die evangelikal-fundamentalistische „tiefe Gläubigkeit in ‚God’s own country‘“, ohne die der „rechte Aufbruch in den USA nicht möglich wäre“.¹⁴ Offensichtlich geht es ihm nur darum, dass das sog. christliche Abendland von einem orthodoxen oder evangelikal-christlichen

¹² Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 13 (absoluter Freiheitsbegriff vs. traditionelle Werte), 16 (Individualismus vs. großes Ganzes) und 29 (linksliberale Kulturschickeria), außerdem S. 21 (Vordenker), 23 – 24 (Intellektualität) und 26 – 27 (Spengler, Konservative Revolution und Schmitt sowie Strauss und Benoist).

¹³ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 12 – 13 (Konservativismus) und 16 – 19 (Libertäre).

¹⁴ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 27 – 30 (Christentum).

statt von einem islamistischen Fundamentalismus geprägt wird, aber nicht von den bestehenden Kirchen und schon gar nicht von einem Christentum im Sinne einer befreienden Option für die Armen.

Im Mittelpunkt von Krahs rechtsextremer Politik steht die identitäre „Frage nach dem eigenen Ich“, die er ganz im Einklang mit dem kruden Weltbild der Identitären Bewegung lang und breit mit Behauptungen über das „Wesen des Ichs“ beantwortet. Das Ich basiere in erster Linie auf der Biologie von Mann und Frau, auf dem „Erbgut von Generationen“, auf ihrer Sprache und ihren Traditionen sowie auf der als Heimat empfundenen Natur und Landschaft. Zudem müsse das Ich fest in „Kollektive wie Familie und Volk“ und in der „Gemeinschaft der Ähnlichen im angestammten Territorium“ eingebunden sein. Die moderne Flexibilisierung der Geschlechterrollen drohe zu einer „Entmännlichung“ und zu einem Verlust von Weiblichkeit zu führen. „Diese modernen Geschlechterrollen widersprechen der Natur.“ Gender Studies sind Krahs ein Dorn im Auge.¹⁵

Unverblümt bringt er auch zum Ausdruck, dass ein Volk für ihn keine bloße „Gemeinschaft der Staatsbürger“ und als solche auch keine „bloße Bevölkerung“ ist. Vielmehr betrachtet er das Volk als eine „auf Kultur, Geschichte und Sprache basierende Traditions- und Schicksalsgemeinschaft“ bzw. als eine ethnisch homogene „Abstammungsgemeinschaft“ von „Alteingesessenen“, deren Identität „immer auch abgrenzend wirkt“. Verhindert werden müsse eine „Transformation von Deutschland als Land der ethnisch Deutschen in ein potentiell jedermann offenstehendes Siedlungsgebiet. ... Es geht um einen Weg, das patriotische Bewusstsein der Autochthonen wieder zu heben und die Migranten dazu zu bewegen, sich entweder zu assimilieren oder aber zu remigrieren.“ Krahs zufolge „sollten die deutsche Sprache und der deutsche Bildungskanon exzessiv verbreitet werden“ und es sollten die „richtigen Anreize“ für eine „Remigration“ in größerem Umfang gesetzt werden.¹⁶

¹⁵ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 21 (Gender Studies), 33 (Frage nach dem Ich), 35 (Kollektive wie Familie und Volk), 37 (Gemeinschaft der Ähnlichen im angestammten Territorium), 39 (Verlust von Männlichkeit und Weiblichkeit), 41 (widernatürliche Geschlechterrollen)

¹⁶ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 53 – 62 (Identität als Volk).

Politische Gestalt könne die Identität eines Volkes nur als Nationalstaat und nicht auf europäischer oder gar globaler Ebene annehmen. Eine internationale Strafjustiz und ein internationales Asylrecht lehnt Krah entschieden ab. Bezeichnenderweise ist bei ihm vom Staat als Rechtsstaat kaum – und wenn, dann nur mit Vorbehalt – die Rede. „Das rechte Versprechen ist nun einmal nicht die bindungslose Freiheit des Einzelnen, sondern die identitäre Verwurzelung.“ Aus ihr könne einzig und allein „eine organische Ordnung auf Basis dessen“ hervorgehen, „was sich aus Natur, Tradition und Kultur ergibt.“ Für Krah kann ein Nationalstaat nur eine „natürliche und organische Ordnung“ sein und er macht auch keinen Hehl daraus, dass in ihr „rechte Politik grundsätzlich etatistisch“ sein werde, d.h. er strebt einen scheinbar natürlichen und organischen, de facto hierarchischen Obrigkeitsstaat an, in dem autoritär von oben nach unten durchregiert wird – und zwar nach „Maßstäben des Wahren und Gerechten“, die Krah „aus der Realität des menschlichen Wesens ableiten“ will. Diese Maßstäbe bleiben bei ihm jedoch völlig diffus und ganz offen plädiert er dafür, „Verständnis für Russland, Brasilien, Südafrika, Indien, China, Saudi-Arabien zu entwickeln“ (auch für den Iran, die Türkei und Indonesien), die sich im Zuge der gegenwärtigen Verschiebungen im weltpolitischen Machtgefüge gegen die „westliche Dominanz“ stellen. „Die politische Rechte kann dabei gewinnen.“¹⁷

*

Niemand bestreitet ernsthaft, dass vertraute Lebensumfelder zur gesunden seelisch-geistigen Entwicklung eines jeden Menschen gehören. Sie müssen jedoch nicht ethnisch homogen sein. Außerdem können die konservativen Werte von Familie, Sprache, Tradition, Heimat und Volk, zu denen Krah zurückkehren will, keineswegs eine zeitlose Gültigkeit beanspruchen. Zum großen Teil sind sie nämlich auch von ‚unnatürlichen‘ feudalistisch-kapitalistisch-patriarchalischen Herrschaftsstrukturen mitgeprägte soziale Konstrukte, die den Menschen von sich selbst entfremden. Insofern ist es nicht von vornherein abwegig, einen Unterschied zwischen dem ‚Wesen‘ des

¹⁷ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 70 und 73 (Europa und die Welt), 74 (etatistischer Nationalstaat), 78 (Staat als natürliche und organische Ordnung), 81 (internationales Strafrecht und Asyl), 84 (identitäre Verwurzelung vs. individueller Freiheit), 88 – 89 (organische Ordnung mit Maßstäben des Wahren und Guten) und 96 – 99 (Rechtsstaat). Die „Liebe der Deutschen zum Recht“ verhöhnt Krah gar als deren „Politikersatz“ (S. 96) sowie 100, 108 - 110 und 127 (Sympathien für anti-westliche Länder wie China, Russland usw.).

Menschen und seiner gegenwärtigen Erscheinungsform wahrzunehmen. Auch die Entfremdungstheorie des jungen Marx hatte ihre Berechtigung, obwohl sein politökonomisches Konzept zur Überwindung der Entfremdung völlig untauglich war. Aber die realexistierenden Erscheinungsformen des Menschen stellen keineswegs nur angeblich durch Linksliberale und Linke angerichtete Verstöße gegen seine biologische Grundierung dar, sondern sie sind allesamt auch von historisch gewachsenen Herrschaftsstrukturen mitgeprägt. Und noch lässt sich überhaupt nicht sagen, was in der Zukunft als ‚Wesen‘ des Menschen und als seine ‚natürliche‘ Lebensform zum Vorschein kommen wird, wenn diese Herrschaftsstrukturen eines Tages durch eine freiheitliche und zugleich gerechte und umweltverträgliche Ordnung von Wirtschaft und Politik überwunden werden. Zudem ist es alles andere als erwiesen, dass eine zukünftige ‚natürliche‘ und ‚organische‘ Ordnung, in der die Würde und die Rechte eines jeden einzelnen Menschen nicht mehr durch strukturelle wirtschaftliche und politische Macht angetastet werden können, sich als völkisch, etatistisch und hierarchisch statt als egalitär, freiheitlich, vielfältig und weltoffen erweisen wird.

*

Geradezu absurd wäre es, Krahs historisch-regressivem Ziel einer Rückkehr zum „Modell der Großfamilie“ zu folgen. Die „Familie als Solidargemeinschaft“, die er als „menschlichen Normalzustand“ betrachtet, sei durch die Einführung des Rentensystems seit den 1950er Jahren ausgehöhlt worden, indem der „moderne Sozialstaat“ den Familien ihre Funktion als Solidargemeinschaft abgenommen hätte. Die Einführung einer staatlichen Rentenversicherung war aber nicht per se falsch. Falsch war es vielmehr, sie nur als Zwei-Generationen-Vertrag zwischen der Erwerbsbevölkerung und den Rentner/innen auszugestalten und die Kinder und Jugendlichen außen vor zu lassen. Ansätze zu einer Erweiterung des Zwei- zu einem Drei-Generationen-Vertrag und „nun auch die Kosten der Kindererziehung zu vergesellschaften“, erteilt Krah unsinnigerweise eine klare Absage. Sie seien „immer gescheitert“. Stattdessen plädiert er allen Ernstes für mehr „Wertschätzung der Mutterschaft und der stabilen Kleinfamilie“ und für eine „Sozialpolitik, die wegkommt von der Fürsorge durch Behörden und hinführt zu einer Unterstützung

des natürlichen Solidaritätsmodells, der Familie.“¹⁸ Von da aus wäre es nur noch ein kleiner Schritt zur flächendeckenden Ausbreitung von Clanstrukturen.

Im Übrigen ist auch das rechtsextreme Leitbild eines ethnisch homogenen Volkes innerhalb abgegrenzter Territorien eine wirklichkeitsfremde Fiktion, denn freiwillige oder erzwungene Wanderungen von Menschengruppen und Völkern und ihre Vermischung mit anderen Völkern hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben. Nicht die Vermischung von Menschen mit unterschiedlichen Herkunft, Hautfarben und Religionen ist das Kernproblem, sondern die auf sozialer Ungleichheit beruhenden weltweiten Herrschaftsstrukturen, von denen ihr Zusammenleben erschwert wird.

Zwischen den westlichen Werten der universalen Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie und dem tatsächlichen politischen Handeln von westlichen, sich zivilisiert nennenden Staaten ist aufgrund der von ihnen geduldeten oder gar geförderten sozialen Ungleichheit eine tiefe Kluft entstanden und das Recht wird durch Macht, Geostrategie und Herrschaft ausgehöhlt, was westliche Werte in Misskredit bringt. Zudem erzeugen die systemimmanente Instabilität und Krisenhaftigkeit der globalisierten marktwirtschaftlich-kapitalistischen ‚Ordnung‘ von Wirtschaft und Politik weltweit existenzielle Unsicherheiten und unfreiwillige Wanderungsbewegungen infolge von (post)kolonialer Ausbeutung und von Kriegen. Dennoch geht Krahs Kritik am „Menschenrechtsimperialismus“ – die Menschenrechte würden kein explizites „Recht auf Familie, lokale Gemeinschaft und Volk“ beinhalten – am Kern des Widerspruchs zwischen den Menschenrechten und ihrer unzureichenden Verwirklichung weit vorbei.¹⁹

*

Krahs weitschweifende, aber banale Äußerungen über die deutsche Wirtschaft der Nachkriegsjahrzehnte, insbesondere über das wiedervereinigte Deutschland als Exportnation und über die Bedeutung des Wissens als Produktionsfaktor im Informationszeitalter, zeigen, dass ihm jegliches tiefere

¹⁸ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 46 – 50 (Großfamilie und Rentensystem)

¹⁹ Maximilian Krahs, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 124 – 125 (Menschenrechtsimperialismus).

Verständnis der Ursachen der sozialen Ungleichheit, des Widerspruchs zwischen Recht und Macht und der ökonomisch-politischen Unordnung in einzelnen Ländern und in der Welt fehlt.

Krah sieht das „deutsche Nachkriegsmodell grundlegend gefährdet“. In Zeiten des Wirtschaftswunders habe die Soziale Marktwirtschaft einen „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) gebracht; aber mittlerweile seien „die fetten Jahre ... vorbei“, weil sich im „zeitgenössischen Milliardärskapitalismus“ bzw. im „Kapitalismus einer kleinen Oligarchie“ eine „Vermögensakkumulation in den Händen weniger Superreicher“ durchgesetzt habe. „Rechte Politik will daher die Macht der Superreichen einhegen“ und vor allem für die Mittelschichten „den Wohlstand retten“. Die „abstiegsbedrohte Mittelschicht“ ist für Krah die „eigentliche Zielgruppe“ von rechtsextremer Wirtschaftspolitik.²⁰

Deren Dürftigkeit ist frappierend. Indem Krah ein „grundsätzliches Bekenntnis zum Privateigentum“ ablegt, versperrt er den Weg zur Einsicht, dass Eigentum nicht gleich Eigentum ist. Das Privateigentum am Grund und Boden sowie an den Ressourcen und der Atmosphäre ist problematisch, weil es natürlichen Begrenzungen unterliegt und nicht durch Arbeit vermehrt werden kann. Und dem Geld wohnt dank seiner universalen Liquidität und Hortbarkeit eine strukturelle Macht inne, die zu seiner Selbstvermehrung und zu genau jener Akkumulation und Konzentration von Geld- und Sachvermögen führt, die eine von Krah angeblich angestrebte „möglichst breite Eigentumsverteilung“ verhindert. Für diese zentralen Problemfelder, auf denen die Marktwirtschaft nicht erst seit dem Übergang von rheinischen zum angelsächsischen Kapitalismus kapitalistisch pervertiert wird, hat Krah jedoch keinerlei Verständnis. Zwar sollte das Eigentum an den Produktionsmitteln nach seiner – in diesem Fall durchaus richtigen – Ansicht breit gestreut sein, aber Krah kennt weder die Ursachen der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital, noch zeigt er Wege zu deren Dezentralisierung auf. Für ihn ist ganz einfach der „Markt ... das beste Instrument zum Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskraft“. Er differenziert aber

²⁰ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 131 (Wohlstand für alle), 132 (fette Jahre), 133 (Vermögensakkumulation), 134 (Macht von Superreichen einhegen), 135 – 136 (Milliardärskapitalismus und kleine Oligarchie), 144 (gefährdetes Nachkriegswirtschaftsmodell) und 158 (abstiegsbedrohte Mittelschicht).

überhaupt nicht zwischen dem idealtypisch monopolfreien Markt und dem realexistierenden kapitalistisch deformierten Markt, der von mono- und oligopolistischen Konzernen beherrscht wird. Einerseits verspricht Krah, „die Macht der Superreichen einhegen“ zu wollen, ohne zu sagen, wie er dies erreichen will – andererseits fordert er Maßnahmen, die das genaue Gegenteil bewirken würden: zum einen lehnt er Erbschaftssteuern komplett ab und erwägt auch keine Einführung einer Vermögenssteuer. Zum anderen lehnt er allen Ernstes die paritätische Mitbestimmung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in großen Unternehmen ab. „Arbeitnehmer brauchen keine Gewerkschaftsbonzen in den Firmenzentralen, sondern private Aktienpakete.“ Strebt Krah etwa eine an die nationalsozialistische „Deutsche Arbeitsfront“ erinnernde Entrechtung der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit an? Zudem will er in der Sozialpolitik eine Kehrtwende vom „administrativen Sozialstaat“ zu einem „solidarischen Patriotismus“ und vor allem einen „Ausschluss der Ausländer aus dem System“ herbeiführen.²¹

Im Hinblick auf den Welthandel hält Krah den „ökonomischen Vorteil des freien Handels (für) unbestritten“. Zugleich kritisiert er, dass die „Globalisierung ... mit dem extremen Liberalismus Hand in Hand geht. Die politische Rechte lehnt sie ab.“ Dabei sieht er darüber hinweg, dass nicht der Liberalismus an sich extrem ist, sondern dass er durch die in der kapitalistischen Struktur des Geldes wurzelnde Kapitalverwertungslogik massiv verfälscht wird. Zudem liegt ihm der Gedanke fern, dass ein freier und weltoffener globaler Handel auch in einer nichtkapitalistischen Form ohne Monopole und ohne Protektionismus, dafür aber mit einer globalen Ressourcenverwaltung und einer gerechten Weltwährungsordnung denkbar wäre. Krah dagegen fehlt jede Vorstellung von einer liberalen „multipolaren Weltordnung“ ohne die bisherige „Dominanz westlicher Finanzinstitutionen und vor allem des US-Dollars“. Gerade wer das Ausmaß der Migration begrenzen will, müsste Vorstellungen über eine gerechte Weltwirtschaftsordnung vorweisen, in der Menschen aus Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten sich nicht mehr aufgrund von Not und Krieg auf die Flucht nach Europa begeben. Hierzu hat

²¹ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 132 (Bekenntnis zum Privateigentum und breite Eigentumsverteilung), 133 (Erbschaftssteuern), 157 (Ausschluss von Ausländern aus dem Sozialsystem), 159 (keine Gewerkschaftler in den Spitzen von Großunternehmen) und 161 (Markt).

Krah jedoch nichts als die den Nord-Süd-Gegensatz festschreibende Idee „gezielter Investitionen in den Herkunftsländern“ zu bieten.²²

*

Alles in allem sieht Krah „das deutsche Nachkriegswirtschaftsmodell grundlegend gefährdet“ – vor allem durch die Globalisierung der Wirtschaft. Demgegenüber wolle rechte Politik für „klare Maßstäbe und geregelte Verhältnisse“ sorgen. Die von Krah propagierte rechte, de facto völkisch-nationalistisch-rassistische Politik einer „identitären Verwurzelung“ verfügt jedoch über keinerlei Maßstäbe für eine freiheitliche, gerechte, friedliche und umweltverträgliche Ordnung des menschlichen Zusammenlebens. Existenziell verunsicherten Menschen kann sie die versprochene Sicherheit nicht bieten. Weder kann sie den „Wohlstand retten“ noch Angehörige der Mittelschichten vor einem sozialen Abstieg bewahren.²³

Statt die innere Widersprüchlichkeit und Instabilität von Wirtschaft, Politik und Kultur in modernen Gesellschaften näher zu analysieren, erzählt Krah den existenziell verunsicherten Menschen vor allem in den deutschen Mittelschichten eine Schauergeschichte, die ihnen ähnlich wie früher die NS-Legende von einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ Ängste einflößen und sie dazu bewegen soll, Halt im Rechtsextremismus zu suchen: es gebe nämlich eine kleine, gegen die Völker verschworene Gruppe von „linksliberalen, globalistischen Eliten“, die sich jedes Jahr beim Weltwirtschaftsforum in Davos/Schweiz treffen, um Pläne für einen alles Traditionelle zerstörenden „Great Reset“ zu schmieden. Gemeint sind damit Pläne für einen „Gesellschaftsumbau der Globalisten“, der ihnen nach und nach eine unumschränkte Herrschaft in einer „unipolaren Weltordnung“ verschaffe. Ziel solcher Pläne sei es, „das Privateigentum in den Händen der westlichen Mittelschichten nahezu abzuschaffen und den Menschen das, was sie zum Leben brauchen – Wohnung, Mobilität, Erholung - , zur Nutzung

²² Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 61 (gezielte Investitionen in Herkunftsländern), 138 (freier Handel) – 139 (Dominanz westlicher Finanzinstitutionen und des US-Dollars)- 140 (multipolare Weltordnung) und 142 (extremer Liberalismus).

²³ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 84 (identitäre Verwurzelung) und 93 (geregelte Verhältnisse), 144 (gefährdetes Nachkriegsmodell).

zuzuweisen, ohne dass diese ein Eigentumsrecht daran haben.“²⁴ Dieser „Great Reset“ bestehe aus den folgenden fünf Bausteinen:

- In Deutschland sei während der vergangenen Jahrzehnte die Geburtenrate auf durchschnittlich weniger als 2,1 Kinder pro Frau gesunken (übrigens nicht nur bei deutschen, sondern auch bei zugewanderten Frauen) und die „Konspiration der Eliten“ wolle diese „Unterbevölkerung“ durch eine „Masseneinwanderung aus Afrika und aus Teilen des Orients“ kompensieren. Dem „kompletten Gesellschaftszerfall“ will Krahn mit einer „rechten Gegenkultur“ entgegentreten, d.h. mit einer „Rückkehr zur Monogamie und klassischen Familie“. Neben einer „Neubesiedlung überalterter Dörfer“ sollen deutsche Familien zinsgünstige Baukredite erhalten, um „zwei genuin rechte Anliegen“ zu verknüpfen, nämlich „Wohneigentum und Kinderreichtum“.²⁵
- Parallel zur Zerstörung der Völker ‚von außen‘ durch eine angebliche „linke Migrationssucht“ würden sie auch ‚von innen‘ durch eine von Transhumanisten forcierte „Beeinflussung und Manipulation des menschlichen Genpools“ zerstört. Sie gebe den globalen Eliten die Möglichkeit, Gott zu spielen und die Menschen in eine „globale Einheitskultur des primitiven Konsums“ hineinzupressen.²⁶
- Auch die Digitalisierung gebe den volksfeindlichen globalen Eliten die Möglichkeit, die Menschen als kleine Rädchen im Getriebe des „Großen Reset“ zu programmieren. „Der Mensch wird hackbar. Es geht nicht mehr nur um umfassende Überwachung, sondern um Steuerung.“²⁷
- Während der Corona-Pandemie hätten die globalen Eliten „Angst und kollektive Hysterie“ erzeugt und den so inszenierten „Corona-Wahn“ als willkommene Gelegenheit für „bis dato unvorstellbare Freiheitsbeschränkungen“ genutzt, um zu testen, wie sehr die Bevölkerung schon für eine Diktatur bereit sein könnte.²⁸

²⁴ Maximilian Krahn, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 166 – 171 (Great Reset)

²⁵ Maximilian Krahn, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 172 – 177 (Masseneinwanderung).

²⁶ Maximilian Krahn, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 177 (linke Migrationssucht) – 182 (Transhumanismus).

²⁷ Maximilian Krahn, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 182 – 187 (Digitalisierung).

²⁸ Maximilian Krahn, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 188 – 190 (Corona).

- In der von den Grünen und der „sogenannten Zivilgesellschaft“ einschließlich der Fridays for Future „penetrant vertretenen CO2-Theorie“ sieht Krah den „derzeit wirksamsten Hebel für ein unipolares, globales und damit menschenfeindliches Herrschaftssystem. ... Die Dekarbonisierung führt zu Verteilungskämpfen, Armut und Stillstand.“ Statt eines Übergangs von fossilen zu regenerativen Energien hält Krah die „Kernenergie (für) eine ideale Strategie, die Klimahysteriker mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.“ Im Übrigen seien „Warmphasen“ in der Erdgeschichte immer auch „lebensfreundliche Epochen“ gewesen.²⁹

Krah gaukelt den Mittelschichten vor, ihren Wohlstand retten und für sie eine „Epoche von Glück, Zuversicht und Ordnung“ herbeiführen zu wollen. Dass mit dem modernen Kapitalismus schon von Beginn an eine Enteignung vor allem der unteren, aber auch der mittleren Schichten durch die Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital in großen Kapitalgesellschaften einherging, kritisiert er nicht. Es bleibt auch sein Geheimnis, wie sein Plädoyer für ein Festhalten an fossilen Energien und insbesondere an der Kernenergie einerseits und sein Anspruch, die Ordnung der Natur zu achten und ihr eine „Wertschätzung des physisch Seienden“ entgegenzubringen, andererseits zusammenpassen könnten.³⁰ Nicht die von der offiziellen Politik angestrebte Transformation der Wirtschaft vom fossilen in ein regeneratives Zeitalter ist im Übrigen ihr Fehler, sondern ihr Glaube, die Gefahr der Erdüberhitzung ohne eine Korrektur der wirtschaftlich-politischen Grundstrukturen allein mit einem ‚grünen Wachstum‘ abwenden zu können.

Die zunehmenden Probleme in den Bereichen der demografischen Entwicklung sowie der Gen- und Informationstechnologien und der Klimaveränderungen beruhen keineswegs auf üblen Machenschaften von konspirativen Eliten, die Krah pauschal als linksliberale und linke Eliten dämonisiert, sondern sie ergeben sich aus falschen Strukturen innerhalb kapitalistisch deformierter Marktwirtschaften, in denen sowohl ‚die da oben‘ als auch die Menschen in den mittleren und unteren Schichten gefangen sind, und zwar jeder einzelne Mensch auf unterschiedliche Weise sowohl als Opfer als auch als

²⁹ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 166 – 167 (CO2-Theorie), 171 (Zivilgesellschaft) und 191 – 194 (Dekarbonisierung vs. Kernenergie).

³⁰ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 166 (zukünftige Epoche) und 196 (natürliche Ordnung).

ein von systemischen Sachzwängen getriebener Mittäter. Die von Krah und seinesgleichen propagierte „rechte Politik“ besteht aus einem verantwortungslos-trüben Gebräu aus Fremdenfeindlichkeit, Ahnungslosigkeit im Umgang mit wirtschaftlich-technologischen Entwicklungen und massenhaft auftretenden Krankheitserregern sowie aus einem Klammern an der die Natur und das Klima zerstörenden Nutzung von fossilen Energien. Bezeichnend für die Dürftigkeit dieser „rechten Politik“ ist Krahs Umgang mit der Digitalisierung. Eine „grundlegend digitalisierungsfeindliche Haltung“ hält er für „nicht umsetzbar“. Deshalb geht es für ihn nur um eine „richtige Digitalisierung“, mit anderen Worten um ihre „rechte Gestaltung. ... Es beginnt mit einer Regulierung der Tech-Firmen. Es dürfen keine Monopole entstehen, auch nicht wechselseitige Beteiligungen.“ Abgesehen davon, dass längst monopolistische Tech-Giganten entstanden sind, sagt Krah rein gar nichts darüber, wie er sich eine Regulierung von marktbeherrschenden Monopolen vorstellt.³¹

Krahs Verständnis von „rechter Politik“ zeigt schließlich, dass er nicht an eine demokratische Politik zur Förderung des Gemeinwohls für alle Menschen denkt, sondern ganz offensichtlich an einen Kampf von Rechtsextremisten für den „Selbsterhalt“ von Familie, Tradition, Volk und Heimat innerhalb des allgemeinen „Kampfes der Interessen“. Deshalb gelte für die „rechte Politik“ und die Politik überhaupt die vom NS-Juristen Carl Schmitt formulierte Definition von Politik: „Politik ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ Auf der Basis eines solchen Schwarz-Weiß-Denkens solle „rechte Politik“ eine „schlüssige, vertrauenswürdige und realistische Alternative“ zur „Ideologie des woken Linksliberalismus“ anbieten, wobei Krah sehr zu Recht einräumt, dass „bei der politischen Rechten immer noch ein Erkenntnisdefizit ... besteht“. Von der Entstehung der Grünen (!) aus einem „Vorfeld von Umwelt- und Friedensbewegung und von linken Kadergruppen an den Universitäten im Nachgang der 1968er Revolte könnte rechtsextreme Politik lernen, ein eigenes „Vorfeld“ aufzubauen und dort professionelles Personal, Männer und auch Frauen, mit „kommunikativem Geschick“ und „Methoden modernen Marketings“ heranzubilden. Selbst von einem „politischen Gegner“ wie dem russischen Bolschewistenführer Lenin könnten die

³¹ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 184 – 187 (Umgang mit der Digitalisierung).

Rechtsextremisten lernen, „wie bei einer politisch oft unerfahrenen Anhängerschaft ein Mindestmaß an gemeinsamem Bewusstsein geschaffen werden kann. ... Wir brauchen eine Avantgarde“, um über einen bloßen Rechtspopulismus hinaus mit „edler Gesinnung“ und „gefühlsmäßig ... in einem feindlichen Umfeld politische Macht zu erringen“.³²

Martin Sellner „Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze“

Wo Krahs politische Überlegungen aufhören, setzt Sellner sie mit einer „strategischen Skizze“ eines „Regimechange von rechts“ fort. Unter dem Eindruck von Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ (1918/1922) und dem Freund-Feind-Denken des NS-Juristen Carl Schmitt bieten Deutschland und Europa auch für Sellner ein „Bild des Niedergangs“. Die Ursache hierfür sieht er nicht etwa in einer systemimmanenten Krisenanfälligkeit der durch wirtschaftliche und politische Macht kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft und Demokratie, sondern wie Maximilian Krah einzig und allein in einem von „globalen Eliten und NGOs“ zielstrebig herbeigeführten großen „Bevölkerungsaustausch“, d.h. in einer Verdrängung von Einheimischen durch Migranten aus anderen Kulturkreisen. „Vor uns ragt ein großer Abgrund“. Ohne sich auf Fragen nach Krisen- und Fluchtursachen einzulassen, bringt Sellner noch eindimensionaler und aggressiver als Krah sein zentrales politisches Ziel auf den Punkt und wiederholt es immer wieder wie ein Mantra: „Erhalt der ethnokulturellen Identität“. Diese vielbeschworene Identität des deutschen Volkes sieht er durch die „herrschende Bevölkerungspolitik ... der totalen Existenzvernichtung“, durch einen NS-Schuldkomplex sowie durch „Selbsthass und Ethnomasochismus“ und „aggressive Genderideologie“ bedroht.³³

³² Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 202 (Alternative), 203 (Definition von Politik), 204 (Linksliberalismus), 210 (Erkenntnisdefizit bei den Rechten), 212 – 213 (kommunikatives Geschick und Frauen), 216 (Lenin), 217 (Marketing), 219 und 222 (Grüne und Vorfeld), 224 (edle Gesinnung, Gefühlsmäßiges, Machteroberung).

³³ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 7 – 12 (Niedergang, Bevölkerungsaustausch, Revolutionstheorie, Spengler und Schmitt, Genderideologie), 19 (Erhaltung der Identität und Bevölkerungspolitik) und (Selbsthass und Ethnomasochismus).

Vorneweg stellt Sellner klar, dass „die Erhaltung unseres Volkes“ für ihn „weder von einer ‚Überwindung des Kapitalismus‘ noch von einer ‚Überwindung des Sozialismus‘ abhängig ... ist.“ Im Interesse einer „Überlebenschance für unser Volk im 21. Jahrhundert“ dreht sich für ihn alles um die „Frage nach einer ‚rechten Revolutionstheorie‘.“ Als ihr Vorreiter betrachtet Sellner sein „Hauptziel als einen hohen Berg“; angelehnt an Erfahrungen mit „militärischen Planungseinheiten“, die der US-amerikanische Politologe Gene Sharp „auf gewaltfreien politischen Aktivismus übertragen“ habe, dekliniert Sellner gleichsam generalstabsmäßig ein breites Spektrum von Strategien und Taktiken durch, mit denen der Rechtsextremismus „staatspolitische Gestaltungsmacht“ erringen und den bislang noch in der Ferne liegenden „hohen Berg“ etappenweise erklimmen soll.³⁴

Unter ‚Macht‘ versteht Sellner in Anlehnung an den Machtbegriff des Soziologen Max Weber die Möglichkeit von Mächtigen wie den herrschenden Eliten, ihr Projekt des „Bevölkerungsaustausches“ dem ohnmächtigen deutschen Volk gegen dessen Willen aufzuzwingen. Diese Macht müsse den Eliten entwunden werden, um eine „Wende zur Remigration“ einleiten zu können und dem deutschen Volk mit Hilfe einer „identitären Einheitsfront“ wieder zu seiner „ethnokulturellen Identität“ zu verhelfen. Dieses Ziel „Deutschland den Deutschen“ bezeichnet Sellner in Anlehnung an die christliche Rückeroberung der im Mittelalter von muslimischen Arabern in Spanien eroberten Gebiete als „Reconquista“ (obwohl die Ausbreitung der Mauren in Spanien zumindest über eine längere Zeit ein friedliches Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen und insbesondere in der Architektur eine Kulturblüte mit sich gebracht hatte).³⁵

Dass das Volk im bestehenden politischen System die Richtung der Politik durch Wahlen bestimme, hält Sellner für einen trügerischen Schein. Es handle sich bei der herrschenden Politik vielmehr um eine „Demokratiesimulation“ und um einen „sanften Totalitarismus“, in dem die Herrschenden das Volk mit Hilfe der öffentlich-rechtlichen Massenmedien – Sellner bezeichnet

³⁴ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 9 - 10 (rechte Revolutionstheorie und Überlebenschance), 13 - 14 (Hauptziel sowie Strategien und Taktiken, militärische Planungseinheiten, Gene Sharp), 27 (keine Kritik am Kapitalismus oder Sozialismus), 29 (staatspolitische Gestaltungsmacht, Ziel in der Ferne).

³⁵ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 28 – 30 (Macht, Weber, Einheitsfront, Remigration) und 154 (Reconquista).

sie abfällig als „Meinungsklimaanlage“ – eine „Zensur und Propaganda“ ausüben bzw. verbreiten. Die Öffentlichkeit werde so manipuliert, dass sie größtenteils in einem von den Parteien und Medien vorgegebenen „Meinungskorridor“ bleibe oder im Falle von „politisch inkorrektem Verhalten“ mit rabiatischen Methoden ausgegrenzt und abgestraft würde.³⁶

Obwohl es Sellner ausdrücklich nicht um eine Kritik am Kapitalismus geht und obwohl er einen unbändigen Hass auf alles Linksliberale und Linke hat, greift er außer auf Gene Sharps Studien über den zivilen Ungehorsam auch auf zwei kommunistische Theoretiker zurück, die die Mechanismen der staatlichen Macht analysiert und Wege zur Überwindung der Macht des bürgerlichen Klassenstaats konzipiert haben. Nachdem der italienische Kommunist Antonio Gramsci während der faschistischen Mussolini-Diktatur in Haft geraten war, stellte er in seinen „Gefängnisbriefen“ staatliche Institutionen wie das Parlament, die Justiz, die Polizei und das Militär dar und argumentierte, dass es für die Erhaltung der staatlichen Hegemonialmacht besonders darauf ankomme, auch die „metapolitischen“ Bereiche der Kirchen, der Wissenschaften, der Künste und der Kultur und schließlich der Medien zu dominieren. Aufbauend auf Gramsci unterschied der französische Kommunist Louis Althusser später während der 1968er Studentenrevolte zwischen dem „repressiven Staatsapparat“ und dem „ideologischen Staatsapparat“. Sellner übernimmt diese Kategorien ohne ihren ursprünglichen kommunistischen Inhalt und instrumentalisiert sie für seine „rechte Revolutionstheorie“. Unter den gegenwärtigen Umständen, in denen die Macht des Staates und der „Systemparteien“ noch sehr groß sei, sollten sich auch rechtsextreme Parteien wie die AfD an den Wahlen beteiligen; noch wichtiger sei es vorläufig aber, „ein Gegenarrativ zur herrschenden Ideologie“ zu entwickeln, im „metapolitischen“ Vorraum der Politik rechtsextreme Themen zu besetzen und durch eine „lange, intensive metapolitische Wählerarbeit“ Deu-

³⁶ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 32 – 41 (Demokratiesimulation, sanfter Totalitarismus, Meinungsklimaanlage) und 48 (Systemparteien).

tungshoheiten zu erlangen. „Nur mittels einer metapolitischen ‚Kulturrevolution von rechts‘ können die herrschende Ideologie geschlagen und effektive Gestaltungsmacht gewonnen werden.“³⁷

Für ganz wichtig hält es Sellner dabei aus taktischen Gründen, dass das gegenwärtige „rechte Lager“ anders als früher die NPD „eine säuberliche Trennung der identitären Kernforderungen vom historischen Nationalsozialismus“ vornimmt, weil jeder Versuch einer „NS-Rehabilitierung“ und „jede begriffliche und symbolische Nähe zum NS ... unzutraglich für die Reconquista“ wären. Auch die „kuriosen Umsturzphantasien der ‚Reichsbürger‘ sind strategisch aussichtslos“. Ein solcher „Hang zur Militanz“ würde nur dem hegemonialen Staat Gründe für „Repressionsschläge“ bieten und das „rechte Lager“ auf dem Weg zu seinem großen Ziel schwächen.³⁸

Sellners strategisch-taktische Vorstellungen von einem großen Kulturkampf gegen die Herrschenden kreisen um fünf Felder:

- Eine Partei wie die AfD und die FPÖ soll als politischer Arm der Bewegung „parlamentarische Macht“ anstreben, um „den Bevölkerungsaustausch durch eine alternative Politik zu stoppen“. Sie dürfe aber nicht in einem oberflächlichen Rechtspopulismus steckenbleiben und sich auch nicht nur auf einen bloßen „Parlamentspatriotismus“ beschränken.³⁹
- Den wichtigsten „metapolitisch wirksamen Teil des rechten Lagers“ sieht Sellner bis auf Weiteres in der aus „aktionistisch-avangardistischen, meist jugendlichen Gruppen und massenbasierten Bürgerbewegungen“ bestehenden Bewegung, die vor allem den „Ideologischen Staat“ (Althusser) durch „Störungen der Meinungsklimaanlage“ erschüttern und das gesellschaftliche Klima zugunsten der Rechtsextremen verändern soll. Ein solcher „Social

³⁷ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 42 – 53 (Gramsci und Althusser), 48 (Systemparteien), 49 (Gegennarrativ), 51 (metapolitische Wühlarbeit) und 53 (Kulturrevolution von rechts). Vgl. auch S. 158 („Integration ‚linker‘ Aktionsformen und Taktiken“ in eine „Kulturrevolution von rechts“).

³⁸ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 54 – 58 (rechtes Lager, Distanz zum Nationalsozialismus), 101 – 103 (Reichsbürger) und 127 – 153 (Kritik an Militanz).

³⁹ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 60 – 61 sowie 75 – 76 und 106 – 126 (Parteipolitik, Parlamentspatriotismus).

change“ soll durch „koordinierten zivilen Ungehorsam“ einen „Regime change“ vorbereiten.⁴⁰

- Eine „Gegenöffentlichkeit“ aus nicht zu den sog. „Leitmedien“ gehörenden alternativen Medien und Internetplattformen soll einen „Resonanz- und Debattenraum für das rechte Lager“ schaffen und eine „Steigerung der rechten Diskursmacht“ bewirken.⁴¹
- Die von Einzelpersonen, Akademien und Verlagen zu leistende Theoriearbeit soll sich in erster Linie der „Ausarbeitung einer rechten Bevölkerungspolitik und Identitätspolitik“ widmen.⁴²
- „Die Theoriebildung ist das Hirn, doch die Gegenkultur stellt die Seele des rechten Lagers dar.“ Der Gegenkultur weist Sellner die Aufgabe zu, die rechtsextremen ‚Theorien‘ „in Liedern und Bildern zum Mythos zu verdichten“. Da alle diese Aktivitäten auch Geld kosten, sei es „für das rechte Lager gut, wenn es durch einflussreiche und finanzkräftige Personen unterstützt wird.“⁴³

Gleichsam berauscht von seinem eigenen Machtgefühl und seiner Siegeszuversicht spielt Sellner die Strategien und Taktiken seiner völkisch-rassistischen Reconquista und ihre Kombinationsmöglichkeiten noch einmal wie auf einem großen Schachbrett durch. Dabei macht er keinen Hehl daraus, dass er sich in einem „Informationskrieg“ gegen den bestehenden Repressiven und Ideologischen Staat sieht und dass er ihn in einem „lexikalischen ‚Häuserkampf‘ um jeden Begriff“ solange durch gezielte Provokationen und Tabubrüche delegitimieren will, bis nach „langfristigen metapolitischen Gebietseroberungen“ die staatspolitische Gestaltungsmacht im großen Finale eines „Social Change“ und „Regime Change“ auf das „rechte Lager“ übergeht. Eine größere Wirtschaftskrise könne „für den Erfolg des Regime change äußerst wichtig“ sein und unter keinen Umständen dürfe ein Endsieg durch

⁴⁰ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 61 – 63 (Bewegung und Social change).

⁴¹ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 64 – 65 (Gegenöffentlichkeit).

⁴² Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 66 – 67 (Theoriearbeit).

⁴³ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 68 – 71 (Gegenkultur) und 82 (einflussreiche und finanzkräftige Personen).

persönliche Eitelkeiten und Spaltereien innerhalb des „rechten Lagers“ gefährdet werden. „Halbwissen, Ungenauigkeit und Pseudostrategien müssen gnadenlos entlarvt werden.“ Doch wer bestimmt, was Halbwissen oder Wissen, Strategien oder Pseudostrategien sind und wer wen gnadenlos als Abweichler anprangern darf?⁴⁴

Am Ende seiner gefährlichen Machtphantasien lässt Sellner als „leuchtendes Vorbild“ für einen „Social change“ in Deutschland und anderen europäischen Ländern die Sonne der „Orbanisierung“ Ungarns aufgehen. Nachdem die Sozialdemokratie die frühere kommunistische Diktatur einfach nur unter einem westlichen Vorzeichen fortgesetzt hätte, sei es Viktor Orban in den Jahren von 2002 bis 2010 gelungen, einer „konservativen Renaissance“ den Weg zu bereiten. „Der tiefe linke Staat, der sich aus Überresten der Sowjet-herrschaft und linksliberalen Agenten des westlichen Globalismus zusammensetzte, wurde mitsamt der Wurzel entfernt.“ Seit den Wahlen vom April 2011 sei Ungarn eine „ethnisch-kulturell definierte Kulturnation“.⁴⁵

Auch wenn nationalistische Bewegungen und Parteien in westeuropäischen Ländern stärker und sogar wie in Italien (mit)regieren würden, gebe es noch keine Garantie dafür, dass sich dort auch eine politische Entwicklung wie in Ungarn herbeiführen lasse. Es sei Sellner zufolge nämlich zu erwarten, dass die bisherigen Machthaber ihre Widersacher „durch Zensur, Meinungsparagrafen und Terror zerschlagen werden“. Wenn westliche Staaten einen „Social change“ wie in Ungarn abwehren, werde ein „gewaltfreier ... Regime change ... notwendig. Das Ziel ist der Sturz des Regimes durch einen massenhaften Akt des zivilen Ungehorsams“, zum Beispiel „durch gezielte Streiks und Blockaden (wie die Bauernproteste in den Niederlanden)“ sowie durch „Kampagnen, Aktionen und Boykotte“. Der Staat werde darauf immer repressiver reagieren, bis sein wahres Gesicht einer „totalitären Form des Liberalismus“ nicht mehr zu übersehen sein werde und ihm nur noch seine „Transformation zur offenen Militärdiktatur“ bleibe. Sellner stellt sich vor,

⁴⁴ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 90 (Informationskrieg), 169 - 170 (metapolitische Gebietseroberungen und Krieg gegen die Herrschenden), 194 (Wirtschaftskrise), 196 (wie in jedem anderen Krieg), 240 (wirtschaftlicher und demografischer Kollaps), (255 (metapolitische Kampagnen wie Feldzüge) und 253 - 283 (zu entlarvende Pseudostrategien).

⁴⁵ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 253 – 258 (Orbanisierung Ungarns, Renaissance des Konservatismus, ethnisch-kulturelle Kulturnation).

dass „ein massives Protestlager“ diesen „repressiven Abnutzungskrieg“ gegen den Staat so lange mit „massiven dezentralen Akten der Nonkooperation“ führt, bis „weite Teile von Polizei und Armee totalitäre, mörderische Befehle verweigern“ und dann das Parlament in einer „revolutionären Lage“ seine Macht verliere. „Damit versagt das Gewaltmonopol einer antidemokratischen Politik vor der Überlegenheit der Metapolitik. ... Die moralische Gegenautorität des Widerstands und sein alternatives Narrativ sind so stark, dass sie Teile des Staatsapparats für sich gewinnen.“ Ein von Rechtsextremisten als „symbolische Schattenregierung“ und „Gegenautorität“ gebildetes „Bürgerparlament“ werde dann eine „alternative Verfassung“ proklamieren.⁴⁶

Zwar baut Sellners „rechte Revolutionstheorie“ tatsächlich auf den von Gene Sharp formulierten Methoden des zivilen Ungehorsams auf. Und er verweist nochmals darauf, dass er eine „Militanz im rechten Lager“ für kontraproduktiv hält, weil sie „die Bereitschaft bei Polizei und Armee zur gewaltsamen Repression ... stärkt“.⁴⁷ Aber widerspricht er damit nicht seinem eigentlichen Ziel, den herrschenden Staat in eine ausweglose Lage zu bringen, in der er nur noch mit sich extrem steigernden Repressionen gegen den rechts-extremistischen Kulturkampf zur Wehr setzen kann? Und könnte das „rechte Lager“ in einem zukünftigen historischen Augenblick vielleicht doch einmal den Tag für die Anwendung von revolutionärer Gewalt für gekommen halten und einen gewaltsamen Putsch versuchen? Die Reconquista im mittelalterlichen Spanien, die für Sellner ein historisches Beispiel einer Verdrängung von muslimischen Arabern aus Europa durch abendländische Christen darstellt, war jedenfalls keine gewaltfreie Aktion. Und Befürchtungen, dass eine praktische Umsetzung der „rechten Revolutionstheorie“ ebenso wie andere Revolutionen in der Geschichte zu einem Blutvergießen führen könnte, sind

⁴⁶ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 262 (Ungewissheit einer Orbanisierung Westeuropas), 263 (staatliche Unterdrückung des Rechtsextremismus, Notwendigkeit eines Regime change), 264 (Wiederherstellung der Demokratie durch massives Protestlager), 265 (Gegenautorität und alternative Verfassung), 266 (Transformation der Demokratie zur Militärdiktatur), 267 – 268 (Befehlsverweigerung von Polizei und Militär), 270 – 271 (Nonkooperation im Abnutzungskrieg, Kampagnen, Aktionen und Boykotte), 272 – 273 (Regime change und Gegenautorität).

⁴⁷ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 268 – 269 (Militanz im rechten Lager).

angesichts der Zunahme von rechtsextremen Gewalttaten keineswegs unbegründet. Zudem kamen auch bereits Vorbereitungen von „Reichsbürgern“ zu einem gewaltsamen „Regime change von rechts“ ans Licht.⁴⁸

Bei seiner offenen Kampfansage gegen den demokratischen Rechtsstaat und seine angeblich „antidemokratischen Gesetze“ schreckt Sellner schließlich nicht einmal davor zurück, die renommierte Totalitarismusforscherin Hannah Arendt als Kronzeugin für seine „Wiederherstellung der Demokratie“ und seine menschenverachtende, völkisch-rassistische Politik der „Remigration“, d.h. der ethnischen Säuberung, anzurufen.⁴⁹

Zum Programm der Alternative für Deutschland (AfD)

zur Europawahl im Juni 2024

Unter den Rahmenbedingungen der kapitalistischen Deformation von Marktwirtschaft und Demokratie hat sich die Europäische Union (EU) tatsächlich zu einem widersprüchlichen Gebilde entwickelt, das einerseits zu einer jahrzehntelangen Friedensperiode in Europa beigetragen hat und das andererseits stark von struktureller wirtschaftlicher Macht, bürgerferner Bürokratie und politischem Lobbyismus verunstaltet wird. Jedoch enthält das Programm der AfD zur Europawahl im Juni 2024 nichts von dem, was notwendig wäre, um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit der EU zu schließen.

Getreu ihrem nationalvölkisch-rassistischem Selbstverständnis, das auch ihren Blick auf Europa trübt, attestiert die AfD der EU ein „vollständiges Versagen“. Daraus zieht sie den voreiligen und keineswegs notwendigen Schluss, dass die „EU ein undemokratisches und reformunfähiges Kon-

⁴⁸ Vgl. Andreas Speit, Rechtsextremistische Gewalt in Deutschland, auf der Website <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/324634/rechtsextreme-gewalt-in-deutschland/> (2.2.2021; Zugriff: 29.2.2024). – Vgl. auch Julius Schien, Rechtes Land; auf der Website www.rechtes-land.de (Zugriff: 29.2.2024). - Marco Buschmann, Aufgedeckte Umsturzpläne rechtsextremer Reichsbürger; auf der Website https://www.bmj.de/SharedDocs/Reden/DE/2022/1215_Reichsbuerger_Rede_Deutscher_Bundestag.html (14.12.2022; Zugriff: 29.2.2024).

⁴⁹ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 264 (antidemokratische Gesetze) und 269 (Hannah Arendt).

strukt“ sei. Auch die „Idee einer Einheitswährung“, also des Euro, sei „gescheitert. ... Nur der Nationalstaat ... kann ... die Identität der Nationen bewahren ... und eine authentische Quelle von Demokratie ... sein.“ Die EU solle sich nicht länger zu einem zentralistischen Staatenbund entwickeln, sondern zu einem nur noch lockeren „Bund europäischer Nationen“ umgebaut werden. Dementsprechend fordert die AfD eine allgemeine „Wiedereinführung nationaler Währungen“ und insbesondere eine „neue Deutsche Mark“ als Wohlstandsgarantie.⁵⁰

*

Ihre zweifelhafte Forderung nach einer Rückkehr zur DM vermischt die AfD in ihrem Europa-Programm mit ihrer durchaus berechtigten Forderung nach einem „Erhalt des Bargelds“. Jedoch fehlt ihr jegliche Einsicht in den widersprüchlichen Doppelcharakter des marktwirtschaftlichen und zugleich kapitalistischen (Bar-)Geldes, den es bislang sowohl in Gestalt nationaler Währungen als auch in Gestalt des Euro hat. Sowohl als DM als auch als Euro dient(e) das Geld einerseits den Menschen und Märkten als Tauschmittel, andererseits verleiht ihm seine Wertaufbewahrungsfunktion die Möglichkeit, eine strukturelle Macht über die Menschen und Märkte auszuüben und über dauerhaft positive Zinsen Einkommen von den Arbeitenden zu den Vermögenden umzuschichten. Die AfD will das Bargeld gerade nicht wegen seiner dienenden Tauschmittelfunktion erhalten, sondern ausdrücklich wegen seiner problematischen Funktion als zinstragender „gebührenfreier Wertspeicher“. Um die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel noch zu stärken, fordert die AfD außerdem, „das im Ausland gelagerte Staatsgold vollständig nach Deutschland zu überführen“, damit es „in einem plötzlichen währungspolitischen Krisenfall ... als potenzielle Deckung für eine Währung dienen“ könne.⁵¹ Als ob Golddeckungen von Währungen jemals Krisen verhindert hätten.

⁵⁰ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 8 – 9 (Scheitern von EU und Euro, Nationalstaat), 11 – 13 (Brüsseler Bürokratie, Staatenbund statt Bundesstaat) und 19 – 20 (Rückkehr zur DM).

⁵¹ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 20 - 22 (Erhalt des Bargelds als Wertaufbewahrungsmittel und Golddeckung der Währung).

In einer Erhaltung des herkömmlichen Bargelds sieht die AfD auch ein unverzichtbares „natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich“. Und sie lehnt auch die Einführung eines „digitalen Euro“ ab, weil er „ein Einfallstor für die schleichende Abschaffung des Bargelds wäre“ und den Weg zu einer „Totalüberwachung“ sämtlicher ökonomischen Aktivitäten bereiten würde.⁵²

Stattdessen könnte das Euro-Bargeld (möglicherweise ohne die 200er und 500er Scheine, die kriminelle Geschäfte wie den Frauen-, Drogen- und Waffenhandel sowie Steuerhinterziehungen erleichtern) als ein die Anonymität von alltäglichen Zahlungen gewährleistendes Tauschmittel erhalten bleiben und um einen digitalen Euro ergänzt werden. Bei einem digitalen Geld wäre es sogar noch einfacher als beim Bargeld, das Geld mit jener kontinuierlichen Liquiditätsgebühr zu belasten, mit der ihm nach geldreformerischen – und mit dem Rechtsextremismus nicht zu vereinbarenden! – Vorstellungen sein bisheriger widersprüchlicher Doppelcharakter genommen werden könnte. Während das Geld seine allen Menschen dienende Tauschmittelfunktion behalten soll, könnte ihm seine bisherige strukturelle Macht über alle Menschen genommen werden, indem der strukturelle Vorteil seiner universalen Liquidität und Hortbarkeit durch die Einführung einer kontinuierlichen Liquiditätsgebühr in Höhe von 5 – 6 % im Jahr neutralisiert würde. Die Einführung einer solchen Liquiditätsgebühr sowohl auf bares als auch auf digitales Geld würde es der Europäischen Zentralbank (EZB) ermöglichen, das Geld auf seine dienende Tauschmittelfunktion zu beschränken, die es im Übrigen auch bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von null erfüllen könnte. Zugleich könnte sie dem Geld seine die Gesellschaft spaltende Wertaufbewahrungs- und Machtmittelfunktion nehmen und die Wirtschaft bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von null sowie einer Inflations- und Deflationsrate von null dauerhaft stabilisieren – und zwar mit einem gesamteuropäisch beibehaltenen, aber strukturell reformierten Euro, so dass die unübersehbaren Risiken einer Rückkehr vom Euro zu früheren nationalen Währungen ebenso wie die problematischen Anleihekäufe der Negativzinszeit (Quantitative Easing) vermeidbar wären. Ein gesamteuropäisch reformierter

⁵² Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 20 - 21 (Ablehnung von Zinssenkungen in den negativen Bereich und Ablehnung eines digitalen Euro, Totalüberwachung).

Euro könnte zudem den Charakter der EU als ein zukünftig gerechter geordnetes europäisches Friedensprojekt stärken. Indem ein solchermaßen erneuertes Europa die bisherigen Probleme von Machtkonzentration, Bürokratie und Lobbyismus allmählich verringert, könnte es auch der Ausbreitung autoritativer Regierungsformen entgegenwirken. Und Europa könnte so auf der globalen Ebene ein qualitativ neues Gegengewicht zum Ringen zwischen den USA und China um eine weltweite Vormachtstellung bilden.

Im Gegensatz zu einer solchen Reform des Euro und Europas, deren geldpolitische Grundgedanken sich ideengeschichtlich auf Silvio Gesell und John Maynard Keynes zurückführen lassen⁵³, orientiert sich die AfD bei ihren Andeutungen einer über eine bloße Erhaltung des herkömmlichen Bargelds hinausgehenden „Reform des Geldsystems“ an anarchokapitalistischen Ideen, wie sie von Ludwig von Mises und der von ihm begründeten Österreichischen Schule der Ökonomie vertreten wurden – insbesondere von Keynes‘ Gegenspieler Friedrich August von Hayek. Statt dem Geld seine innere Widersprüchlichkeit und strukturelle Macht zu nehmen, wollte von Hayek einfach nur eine sog. Währungskonkurrenz zwischen zahlreichen nicht von staatlichen Zentralbanken, sondern von privaten Geschäftsbanken emittierten Währungen herbeiführen. Sie sollten nebeneinander zirkulieren und ihre herkömmliche Doppelfunktion als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel beibehalten. Im Anschluss an neuere Vertreter der Österreichischen Schule wie Torsten Polleit fordert auch die AfD „langfristig ... eine grundsätzliche Reform des Geldsystems ... hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einer goldgedeckten Währung“.⁵⁴

Im Rahmen einer von Maximilian Krah befürworteten begrenzten Zusammenarbeit des „rechten Lagers“ mit libertären Kräften stellen solche fragwürdigen geldpolitischen Vorstellungen einen Schulterchluss zwischen dem Rechtsextremismus und jenem Anarchokapitalismus dar, an dem sich auch der im Herbst 2023 neugewählte argentinische Präsident Javier Milei

⁵³ Vgl. hierzu die ausführlicheren Erläuterungen in: Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, 3 Bände München 2022, Kap. 7, S. 320 – 380 (Gesell), Kap. 8.4, S. 476 – 524 (Keynes), Kap. 12.6 und 12.7, S. 958 – 982 (neuere Entwicklungen von Null- und Negativzinsen), Kap. 13.8, S. 1145 – 1169 (Europa); auf der Website <https://www.werner-onken.de/buecher/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus-von-der-akkumulation-und-konzentration-in-der-wirtschaft-zu-ihrer-dezentralisierung.html>

⁵⁴ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 22 (Währungskonkurrenz und Golddeckung der Währungen).

orientiert. Ähnlich wie Chile nach der Ermordung des linken Präsidenten Salvador Allende am 11.9.1973 während der Pinochet-Diktatur zum weltweit ersten Versuchslabor des Neoliberalismus wurde, so könnte Argentinien nunmehr zum weltweit ersten Versuchslabor für die Ideen des libertären Anarchokapitalismus werden, zu denen neben einer Ersetzung des argentinischen Pesos durch den US-Dollar auch ein weitreichender Abbau des Sozialstaats gehört.⁵⁵

*

Ohne jede kapitalismuskritische Perspektive, zu der neben einer originären Geldreform à la Gesell und Keynes auch Reformen des Boden- und Ressourcenrechts, des Haftungs-, Patent- und Markenrechts sowie des Steuerrechts gehören müssten, will die AfD einfach nur „zurück zu einer Sozialen Marktwirtschaft“ der 1950er und 1960er Jahre des westdeutschen Wirtschaftswunders. Und sie gibt vor, „für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen“ zu wollen. Dabei sieht sie überhaupt nicht, dass die Soziale Marktwirtschaft auch damals schon de facto eine kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft war, in der große Unternehmen den Wettbewerb mono- und oligopolistisch beschränkten und den vermeintlich ‚freien und sozialen‘ Markt strukturell unfair beherrschten.⁵⁶

Im Mittelpunkt der historisch rückwärtsgewandten wirtschaftspolitischen Desorientierung der AfD stehen die Ziele „Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Schutz der heimischen Industrie“ ganz oben auf der Agenda in Verbindung mit ihrem Ziel, „unsere eigenen Unternehmen durch geringere Steuern zu fördern“⁵⁷, d.h. dem Kapital Steuergeschenke zu bereiten. Diese zentralen Ziele verbindet die AfD mit einer bunten Mischung verschiedenster Forde-

⁵⁵ Klaus Ehringfeld, Milei wird Präsident – Aus für ein progressives Argentinien, in: Frankfurter Rundschau vom 23.11.2023; auf der Website <https://www.fr.de/politik/anarchokapitalismus-argentinien-wahl-javier-milei-praesident-zukunft-radikal-lateinamerika-92689630.html> (Zugriff: 29.2.2024). – Vgl. auch Quinn Slobodian, Staat ohne Macht - Die Geburt des Anarchokapitalismus aus dem Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1/2024, S. 65 - 77; auf der Website <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/januar/staat-ohne-macht> (Zugriff: 1.3.2024). – Anne-Dominique Correa, Präsident Milei und seine tausend Gesetze, in: Le Monde diplomatique Februar 2024, S. 15.

⁵⁶ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 20 (zurück zur Sozialen Marktwirtschaft) und 23 (faire Wettbewerbsbedingungen).

⁵⁷ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 26 (geringe Unternehmenssteuern) und 31 (Wachstum).

rungen aus den Arsenalen des Neoliberalismus, Militarismus und Rechtsextremismus. Ganz besonders wichtig ist ihr im Rahmen ihres Wohlstandsversprechens die „Freiheit der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.“ Den Individualverkehr überhöht die AfD geradezu zu einer „zivilisatorischen Errungenschaft“. Ein Tempolimit auf Autobahnen lehnt sie ebenso strikt ab wie eine Umstellung von Verbrennungsmotoren auf eine E-Mobilität und eine Verteuerung des Flugverkehrs. Statt auf regenerative Energien setzt die AfD weiterhin ganz auf fossile Energien, besonders auf „günstiges Erdgas“, das wieder aus Russland bezogen werden sollte, auf die Kohleverstromung und auf die aus der Atomkernspaltung gewonnene Energie, die eine „umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung für die nächsten Jahrtausende“ (!) sei. Die AfD strebt eine „Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen“ und eine „Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene“ an. Der „Green New Deal“ sei weiter nichts als ein „ideologisch motivierter“ Ausdruck einer völlig irrationalen „unwissenschaftlichen Klimahysterie“. Die „jetzigen klimatischen Veränderungen“ hält die AfD für „vollkommen normal – auch in ihrer Geschwindigkeit“.⁵⁸

Ihrer Verklärung der früheren westdeutschen Sozialen Marktwirtschaft und des fossil basierten Wachstumsmodells entspricht im Hinblick auf die Weltwirtschaft, dass sich die AfD „ausdrücklich zum Freihandel ... bekennt“. Sie berücksichtigt jedoch überhaupt nicht, dass auch die ‚freien‘ Weltmärkte genauso von mono- und oligopolistischen Großunternehmen beherrscht werden wie die nationalen Märkte. Geradezu wie eine leere Worthülse wirkt die Forderung der AfD, dass „der Verbraucher ... den zunehmend global agierenden Unternehmen auf Augenhöhe begegnen können ... muss.“ Von Vorstellungen wirklich freier Weltmärkte ohne marktbeherrschende und wettbewerbsbeschränkende Großunternehmen geschweige denn von Vorstellungen einer gerechten Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung, für die John Maynard Keynes schon während des Zweiten Weltkriegs eine wegweisende, aber auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) leider verworfene

⁵⁸ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 20 (Green New Deal), 23 (kein Verbot von Verbrennungsmotoren), 29 (Erdgas aus Russland), 32 – 33 (fossilbasierter Individualverkehr ohne Tempolimit), 34 (Klimahysterie und Flugverkehr), 35 (Kernenergie), 39 (normale Klimaveränderungen), 41 – 42 (Individualverkehr, Kohleverstromung, Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen, Abschaffung aller Klimaschutzgesetze).

Grundlage entwickelt hat⁵⁹, ist die AfD Lichtjahre entfernt – auch von Überlegungen, die ärmsten der armen Länder dieser Welt zu entschulden. Selbst eine Finanztransaktionssteuer, die ebenfalls als kleiner Schritt in eine richtige Richtung weisen könnte, lehnt die AfD kategorisch ab. Zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um ein Lieferkettengesetz, dass multinationale Großunternehmen zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verpflichten soll, schweigt sie. Für die Notwendigkeit, das in Jahrhunderten des Kolonialismus entstandene Nord-Süd-Gefälle zu überwinden und die Weltwirtschaft in eine neue Balance zu bringen, in der sich Menschen aus allen Ländern dieser Erde in ökonomischer Hinsicht auf gleicher Augenhöhe begegnen können, hat sie keinerlei Verständnis und stellt sich unter dem Motto „Keine Schuld- und Schamkultur“ sogar ganz entschieden gegen die „europaweit grassierende Tendenz, die Kolonialgeschichte der europäischen Nationen als Verbrechengeschichte zu erzählen.“⁶⁰

Den abgesehen von eigenen Leistungen auch dem globalen Süden unter ungerechten Bedingungen und der Natur gegen jede ökologische Vernunft abgerungenen westlichen Wohlstand will die AfD in einer „Festung Europa“ mit einer Doppelstrategie absichern. Zum einen will sie das Militär durch „neue wehrtechnische Programme“ und eine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht nicht nur für eine verbesserte „Befähigung zur Landesverteidigung“ stärken, sondern auch im Interesse einer „Sicherung der Handelswege“ den „Zugang zu Rohstoffen, Energie und Absatzmärkten sicherstellen“. Und zum anderen will die AfD die „Magnetwirkung Deutschlands für ungesteuerte und illegale Migration“ abstellen. Sie will nicht nur eine weitere „Masseneinwanderung aus kulturfernen Regionen nach Europa ... in die Sozialsysteme“ verhindern, sondern auch bereits zugewanderte Menschen

⁵⁹ Vgl. hierzu Thomas Betz, Keynes' Bancor-Plan reloaded, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 164./165. Folge 2010, S. 38 – 49; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfssoe-online-archiv-folge-160-171.html> (Zugriff: 4.3.2024).

⁶⁰ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 23 (Bekenntnis zum Freihandel), 27 (Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer), 31 (Wehrpflicht), 39 (global agierende Unternehmen) und 51 (Kolonialgeschichte). Als Kontrast zum AfD-Verständnis vom Freihandel vgl. Werner Onken, Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, 3 Bände München 2022, Kap. 13.8.2, S. 1170 – 1198 (Keynes' Konzept für eine gerechte Weltwirtschafts- und Währungsordnung); auf der Website www.werner-onken.de

durch „Remigrationsprogramme ... auf nationaler und europäischer Ebene“ aus Deutschland und Europa wieder wegschaffen.⁶¹

Schließlich verteidigt die AfD ihr antimodernes „klassisches Leitbild der Familie“ gegen die „skandalöse ... Pseudowissenschaft der Gender-Ideologie“ und rundet das schauerliche Gesamtbild ihres Europa-Wahlprogramms mit der Forderung nach einem „Stopp aller Corona-Impfungen“ ab.⁶²

Soziale Gerechtigkeit für alle statt

Ausgrenzung von Zugewanderten

Aufgrund der tiefen existenziellen Verunsicherung der Menschen in Deutschland und anderen Ländern durch die große Weltwirtschaftskrise ab 1929 ging das Vertrauen in die Weimarer Demokratie so sehr verloren, dass die NSDAP ab 1933 eine totalitäre Diktatur in Deutschland aufrichten konnte. Statt die tieferen strukturellen Ursachen der sozioökonomischen Krisen der großen Inflation nach dem Ersten Weltkrieg und der deflationären Weltwirtschaftskrise ab 1929 zu analysieren und diese chronische Krise mit strukturellen Reformen zum Wohle *aller* Menschen zu überwinden, machten die NS-Ideologen die Menschen jüdischen Glaubens zu Sündenböcken, enteigneten und verfolgten sie und begingen schließlich einen bestialischen, großindustriell organisierten Massenmord an mehr als fünf Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und anderen Minderheiten – ohne dass die strukturellen Ursachen der großen Krisen dadurch auch nur ansatzweise behoben worden wären. Die Wirkung dieses einmaligen Menschheitsverbrechens bestand einzig und allein in einem unermesslichen Leid und in einem riesigen Verlust an menschlichen Potenzialen.

Nach einem „Nie wieder Faschismus“ und mehreren Jahrzehnten des wirtschaftlichen Wohlstands einschließlich der sozialstaatlich organisierten

⁶¹ Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 11 (Einwanderung in die Sozialsysteme), 13 – 14 (Magnetwirkung Deutschlands), 16 - 17 (Masseneinwanderung beenden, Remigrationsprogramme), 31 (militärische Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, Energie und Absatzmärkten).

⁶² Alternative für Deutschland (AfD), Europawahl-Programm 2024, Berlin 2023, S. 44 (Stopp aller Corona-Impfungen) und 46 – 47 (Familienbild, Gender

Teilhabe auch der unteren Schichten am Wohlstand kommt die Nachkriegs(welt)(un)ordnung seit dem Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert an zwei Grenzen, die eng miteinander zusammenhängen:

- Die zunehmende soziale Ungleichheit bewirkt eine schleichende Paralyse des Wohlstandsversprechens. Zusätzlich zu den leistungslosen Einkünften aus Geld- und Realkapitalbesitz (Zinsen, Dividenden, Monopolgewinne) verschärfen sich die Verteilungskonflikte durch einen rasant wachsenden Anteil des leistungslosen Einkommens aus Boden- und Ressourcenrenten.⁶³ Leistungslose Privilegieneinkommen, zu denen auch Einkünfte aus Haftungs-, Patent- und Markenprivilegien gehören, und ihre unzureichende Besteuerung engen den Spielraum für staatliche Ausgaben für Soziales, Bildung usw. ein.
- Der ungelöste gesellschaftliche Grundkonflikt zwischen Arbeit, Boden und Kapital wurde lange Zeit durch deren Teilhabe am Wachstum des Bruttosozialprodukts vordergründig ‚befriedet‘. Das stößt immer sichtbarer an ökologische Grenzen, die sich nicht länger durch ein pragmatisches Verwalten des Status quo im Schlafwagenmodus und auch nicht durch ein sog. grünes Wachstum hinausschieben lassen.

In dieser unübersichtlichen Gemengelage und in der zunehmenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaft löst sich auch das herkömmliche Parteiengefüge mit wenigen großen Volksparteien auf. Abnehmendes Vertrauen in die ‚etablierten‘ Parteien führt zu einer stärkeren Hinwendung zu links- und mehr noch zu rechtspopulistischen Parteien und zu einer zunehmenden Zersplitterung des Parteienspektrums. Überspringen neue Parteien wie die Wertheunion oder das Bündnis Sahra Wagenknecht die 5%-Hürde, wird es immer schwieriger, stabile Mehrheiten für Regierungskoalitionen zu bilden.

Zwar hat die AfD kein fundiert durchdachtes Programm, aber sie versteht es geschickt, Stimmungen und Abstiegsängste zu nutzen oder gar selbst

⁶³ Vgl. hierzu Dirk Löhr, Boden – die verkannte Umverteilungsmaschine, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 198./199. Folge (2018), S. 3 – 19; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-192-200.html> (Zugriff: 6.3.2024). – Dirk Löhr, Boden – die gewaltige Umverteilungsmaschine – Vortrag am 28.10.2023; auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=9gp1VpwDqM0> (Zugriff: 6.3.2024).

über (a)soziale Medien zu erzeugen und existenziell verunsicherte Wähler/innen an sich zu ziehen.⁶⁴ Das „rechte Lager“, das entgegen dem Sprachgebrauch von Krah, Sellner & Co. de facto ein rechtsextremistisches Lager ist, nutzt die vielfältigen ökonomisch-ökologischen Krisen, die sich seit einiger Zeit zu einer Megakrise bündeln, um die bestehende, kapitalistisch beschädigte und verbesserungswürdige Demokratie als „sanften Totalitarismus“ (Sellner) oder gar als „Corona-Diktatur“ in Verruf zu bringen und die AfD als einzige politische Kraft hinzustellen, die noch eine echte Demokratie wiederherstellen könne. Das Gegenteil dieser ebenso raffinierten wie bösartigen Tatsachenverdrehung ist jedoch der Fall. Was das rechtsextremistische Lager den als linksliberal und links bezeichneten westlichen Eliten als finstere Absicht unterstellt – nämlich im Rahmen eines sog. „Great Reset“ eine un-demokratische neue Weltordnung etablieren zu wollen – , ist in Wirklichkeit ihre eigene Strategie und Taktik, die vermeintlich „illiberale“ westliche Demokratie zu beseitigen und durch eine autoritative Regierungsform zu ersetzen.

Der „große Abgrund“, auf den die Gesellschaft nach Ansicht von Krah, Sellner & Co. infolge eines angeblichen „Great Reset“ der etablierten Politik zusteuert, könnte sich tatsächlich vor der Gesellschaft auftun, wenn die AfD bei der Europa-Wahl im Juni 2024, bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst 2024 und bei der Bundestagswahl im Herbst 2025 einen noch größeren politischen Einfluss bekommen sollte als bisher. Angesichts der Einfältigkeit ihrer Parolen und der unschwer erkennbaren Inhumanität ihrer Ziele ist es unbegreiflich, dass sie überhaupt schon einen viel zu großen politischen Einfluss erlangen konnte. Der „hohe Berggipfel“ (Sellner), auf dem zu politischer Macht gelangte Rechtsextremisten Millionen von zugewanderten Menschen aus Deutschland vertreiben wollen, um ihre archaische, engherzige, gruppenegoistische und letztlich völkisch-rassistische Wahnvorstellung eines ethnisch homogenen deutschen Volkes in die Tat umzusetzen⁶⁵, würde sich in Wirklichkeit als tiefer Abgrund einer Barbarei erweisen.

⁶⁴ Vgl. Andreas Hövermann, Das Umfragehoch der AfD. Düsseldorf: WSI-Report der Hans-Böckler-Stiftung, 2023; auf der Website <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008748> (Zugriff: 12.3.2024).

⁶⁵ Martin Sellner, Regimechange von rechts – Eine strategische Skizze, Schnellroda 2023, 4. überarbeitete Auflage 2024, S. 7 und 12 (Niedergang und Abgrund), 16 (hoher Berggipfel) und 255 (illiberale Demokratie).

Krah, Sellner & Co. sind gleichsam Rattenfänger, die über keinerlei anständige Ideen verfügen, ihr vor allem den Mittelschichten gegebenes Wohlstandserhaltungsversprechen einzulösen. Ihre einzige ‚Fähigkeit‘ besteht darin, die unverstandenen strukturellen Ursachen der kapitalistischen Deformation von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft in unzulässiger Weise zu personalisieren und vermeintlich schuldige Sündenböcke mit einer „wohltemperierten Grausamkeit“ (Höcke) anzugreifen. Krah denkt allen Ernstes an „über 25 Millionen Menschen ... , davon deutlich über 15 Millionen deutsche Staatsangehörige“, die „gegen ihren Willen aus dem Land auszuweisen“ wären.⁶⁶ Deren Deportation würde ein einziges großes Chaos anrichten – in Deutschland, weil Millionen von Menschen mit einer Migrationsgeschichte als Funktionsträger, Arbeitskräfte, Ehrenamtliche und Konsument/innen fehlen würden; und auch in anderen Ländern, in die die Vertriebenen zurückkehren bzw. in die sie zwangsweise deportiert würden. Sogar von ihrer Neuansiedlung in Nordafrika war die Rede. Unabhängig davon, wohin diese Menschen massenhaft deportiert würden, wäre von Vornherein klar, dass die strukturellen Ursachen der globalen krisenhaften Verwerfungen und der mit der sozialen Ungleichheit zwangsläufig verbundenen Abstiegsängste der mittleren und unteren Schichten in einem ‚ethnisch homogenisierten‘ Land genauso weiterbestehen würden, wie sie auch nach 1933 in Nazi-Deutschland weiterbestanden.

*

Nachdem der in das AfD-Programm zur Europawahl aufgenommene Remigrationsplan von Krah, Sellner & Co. eine breite Öffentlichkeit aufgeschreckt hat, beteiligen sich glücklicherweise viele Tausend Menschen unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ an Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus einschließlich des Antisemitismus. Und in der Politik gibt es Überlegungen, die Parteienfinanzierung zulasten der AfD einzuschränken, Rechtsextremisten wie Björn Höcke die politische Wählbarkeit abzuerkennen und gesetzliche Vorkehrungen zu treffen, dass die AfD rechtsstaatliche

⁶⁶ Maximilian Krah, Politik von rechts – Ein Manifest, Schnellroda 4. Auflage 2023, S. 60 (25 Millionen aus Deutschland auszuweisende Menschen).

Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht nicht mit einfacher Mehrheit aushebeln kann.⁶⁷

Massenproteste und derartige Erste-Hilfe-Maßnahmen gegen die Gefahr von rechts werden aber allein nicht ausreichen, diese Gefahr eines „Regime change von rechts“ (Sellner) dauerhaft zu bannen. Wer nur den gesellschaftlichen Status quo verteidigen will, läuft trotz allen guten Willens Gefahr, ihn als Nährboden für vereinfachendes Freund-Feind-Denken, Fremdenfeindlichkeit, Antifeminismus und autoritäre Regierungsformen zu unterschätzen. Wer darum Rechtstaatlichkeit und Demokratie gegen den Rechtsextremismus und die weltweit zu beobachtende Tendenz zu autoritären Regierungsformen verteidigen will, sollte sich auch der strukturellen wirtschaftlichen Macht entgegenstellen und sich für kurz-, mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen einsetzen, die die soziale Ungleichheit als Nährboden des Rechtsextremismus und anderer Formen des politischen Extremismus abbauen.

Ein erster Schritt in diese Richtung könnte die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer sein. Die zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisation OXFAM hat konkrete Zahlen über die Konzentration von Vermögen in Deutschland, Europa und der Welt vorgelegt und festgestellt, dass „das weltweit reichste Prozent ... fast die Hälfte allen Vermögens ... besitzt, die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung mit weniger als einem Prozent so gut wie nichts. ... Gerade einmal vier Prozent der Steuereinnahmen weltweit ... stammen heute aus Abgaben auf Vermögen.“ Angesichts der weltweit extremen Ungleichverteilung des Vermögens schlägt OXFAM für die EU- Länder eine Vermögenssteuer vor, die von Menschen mit einem Reinvermögen (Vermögen minus Schulden) von bis zu 4,6 Millionen Euro erhoben würde, d.h. „der allergrößte Teil der Bevölkerung wäre nicht von dieser Steuer betroffen. In Deutschland müssten nur etwas mehr als 200.000 Menschen die Abgabe entrichten, das sind gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung.“ Wenn in Deutschland Millionär/innen mit mehr als 4,6 Mio. Euro jährlich 2 % ihres

⁶⁷ Vgl. auch die ZDF-Satiresendung „Anstalt“ vom auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=ljjZ6AZsmGk> und die ARD-Dokumentation „Wir waren in der AfD“ auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=RoyfB-3NpsQ> (Zugriff: 28.2.2024).

Vermögens als Steuer zahlen würden (pro Kopf also ab 92.000 Euro), Millio- när/innen mit mehr als 50 Mio. Euro 3 % ihres Vermögens (pro Kopf ab 1,5 Mio. Euro) und Milliardär/innen 5 % ihres Vermögens (pro Kopf ab 50 Mio. Euro), dann hätte der deutsche Staat jährlich rund 85 Mrd. Euro für eine so- zial-ökologische Transformation zur Verfügung, ohne sich noch länger zwi- schen der Skylla von Sparmaßnahmen und der Charybdis der Schulden- bremsen zerreiben lassen zu müssen.⁶⁸

Eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer wäre zwar mit Problemen bei der Vermögensbewertung behaftet, aber sie würde immerhin – vor allem, wenn noch eine Schließung von weltweiten Steueroasen hinzukäme – eine ernsthafte Entschlossenheit der Politik erkennen lassen, die soziale Un- gleichheit im Rahmen der kapitalistisch deformierten Demokratie und Marktwirtschaft zu mildern und damit auch ihre politischen Folgen einzu- dämmen. Eine solche, noch innerhalb der bestehenden widersprüchlichen Mischung von Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkünften verblei- bende Umverteilung sollte freilich nur ein Zwischenschritt auf dem längeren Weg zu einer von vornherein gerechten, d.h. nur noch auf der Arbeit der Men- schen und nicht mehr auf Privilegien beruhenden Einkommens- und Vermö- gensverteilung sein. Durch Reformen des Boden- und Ressourcenrechts, des Geldwesens, der Unternehmensverfassung sowie des Haftungs-, Pa- tent-, Marken- und Steuerrechts sollten leistungslose Privilegieneinkünfte ganz ausgeschlossen werden. Folglich könnten die arbeitenden Menschen dank ihrer vollen Arbeitserträge nach und nach eigenes Produktionsmittelei- gentum erwerben – entweder in Gestalt kleiner privater Unternehmen oder in Gestalt von Anteilen an mittleren oder größeren Genossenschaften, so dass ein breit gestreutes Produktionsmitteleigentum der im § 14 des deut- schen Grundgesetzes gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums entspre- chen könnte. Damit würden Marktwirtschaft und demokratische Rechts- staatlichkeit in Europa durch menschenrechtlich fundierte Reformen, die

⁶⁸ OXFAM Deutschland e.V. (Hrsg.), Hohe Vermögen in Europa gerecht besteuern, Berlin 2024; auf der Website https://www.oxfam.de/system/files/documents/bericht_hohe_vermoegen_in_europa_ge- recht_besteuern_deutsch.pdf (Zugriff: 5.3.2024). Vgl. auch die OXFAM-Kampagne „Tax the Rich“ auf der Website <https://aktion.oxfam.de/tax-the-rich> (Zugriff: 5.3.2024) und Jørgen Randers & Till Kellerhoff, Tax the Rich, München 2024. - In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögenssteuer 1997 ausgesetzt – in erster Linie nicht um die Vermögenden zu schonen, sondern weil insbesondere die Immo- bilienvermögen mit längst überholten, viel zu niedrig angesetzten Einheitswerten bewertet waren. Auf der Basis neu festgelegter Einheitswerte ließe sich also die Vermögenssteuer jederzeit wieder erheben.

nicht einzelne Personengruppen attackieren, sondern gerecht verteilte Lebenschancen für *alle* Menschen herbeiführen sollen, von ihren bisherigen kapitalistischen Deformationen befreit. Im Laufe eines evolutionären Übergangs von der sozialen Ungleichheit, strukturellen Macht und Herrschaft zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit würde jegliche Machtkonzentration pulverisiert, so dass politisch gleichberechtigte Menschen auch in sozial-ökonomischer Hinsicht gleichberechtigt werden. Eine Marktwirtschaft und rechtsstaatliche Demokratie ohne Kapitalismus könnte zu einer stabilen Grundlage für ein freiheitliches, gerechtes, friedliches und mit der Natur verträgliches Zusammenleben aller Menschen in Deutschland und Europa und schließlich weltweit werden. Dann bräuchten sich nirgendwo auf der Welt mehr Menschen aufgrund von Armut, Not und Krieg auf die Flucht zu begeben und jede/r von ihnen könnte frei entscheiden, wo sie bzw. er leben will.